

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michler**,
Wien 1., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 12. Juni 1918. Nr. 149.

Der Hauptvoranschlag der Stadt Wien.

Der Stadtrat begann heute mit der Beratung des Hauptvoranschlages der Stadt Wien für das Verwaltungsjahr 1918/19. Der Berichterstatter VB. Hoss leitete sein ausführliches Exposé mit folgenden allgemeinen Bemerkungen ein: Die Wirtschaft der Gemeinde Wien ist in der Kriegszeit nicht mehr lediglich eine Geldwirtschaft einer autonomen Körperschaft, sondern sie passt sich mit Rücksicht auf die kriegsmässigen und kaufmännischen Einrichtungen zum grossteil mehr der Wirtschaft eines Kaufmannes an. Im Vordergrund aller Aufgaben der Gemeindeverwaltung stehen derzeit solche Agenden, die sich mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen zu beschäftigen haben, wobei in erster Linie das Approvisionnement-, das Sanitätswesen, die Arbeits-, Wohnungs- und Jugendfürsorge und die damit verbundene Geldwirtschaft zu nennen sind. Diese veränderte Situation dürfte für die Gemeindeverwaltung wahrscheinlich auch noch durch länger Zeit nach dem Kriegsende bestehen bleiben und die derzeitige Verwaltungsorganisation und das Budget wird auch weiterhin dieser Wirtschaftsform zumindest für einzelne Gebiete Rechnung tragen müssen. Wenn auch der Hauptrechnungsabschluss für das Verwaltungsjahr 1916/17 ein verhältnismässig günstiges Resultat ergab, woraus angenommen werden könnte, dass die wirtschaftliche Kraft der Stadt auch weiterhin den gestellten Anforderungen entsprechen dürfte, so darf doch nicht übersehen werden, dass mit den ganz ausserordentlichen Wirkungen des fast 4 jährigen Krieges zu rechnen ist und daher für den Voranschlag sehr ungünstige Voraussetzungen bestehen. Die durch den Krieg im allgemeinen hervorgerufenen Verhältnisse und insbesondere die verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen der Gemeinde stellen an die Gemeindeverwaltung immer höhere finanzielle Anforderungen, zu denen auch die schier hemmungslosen Preissteigerungen für die kurrente Verwaltung kommen. Die Anforderungen des Armen- und Wohlfahrtswesens steigern sich zusehends und die Einnahmen erfahren Einbussen. Trotz der vom Gemeinderat im Vorjahre schon zum zweitenmale geschlossenen Erhöhung bestehender und Einführung neuer Abgaben, trotzdem der Hauptvoranschlagsentwurf unter den Deckungskosten einen Betrag von 30 Millionen Kronen auf der im Vorjahre bewilligten 30 Millionen Kriegsanleihe enthält, ergibt sich ein Abgang von rund 31 1/2 Millionen Kronen, der zum grösseren Teile darauf zurückzuführen ist, dass von den städtischen Grossunternehmen die städtischen Strassenbahnen nichts, die Gaswerke fast nichts und die Elektrizitätswerke nur 2/3 des Voranschlages für 1917/18 zur Abfuhr an die Gemeinde veranschlagt haben. Die Ursache liegt in den abnorm hohen Personalkosten und den hohen Preisen aller Betriebsmittel, insbesondere aber in der Kohlenverteuerung. Der Gemeinderat wird daher neuerlich an eine Erhöhung der Einnahmen der Unternehmen schreiten müssen, um das Gleichgewicht im Stadthaushalte zur Not aufrecht erhalten zu können. Das Gesamterfordernis beträgt 355,085,040 Kronen, wovon für ordentliche Zwecke 255,809,680 Kronen und für ausserordentliche Zwecke 99,275,360 Kronen entfallen. Die eigenen Einnahmen der Gemeinde

betragen 141,529,410 Kronen, aus den Anleihen und den Rücklagen der Unternehmen werden für Investitionszwecke 60,867,820 Kronen entnommen, die Umlagen sind mit 91,150,940 Kronen veranschlagt. Von dem sich ergebenden Abgange von 61,516,870 Kronen kann ein Teil von 30 Millionen Kronen noch durch den Rest des im Vorjahre für die Bestreitung der ausserordentlichen Kriegsauslagen bewilligten Anlehens von 30 Millionen Kronen bestritten werden, während für einen weiteren Teilbetrag von 14 bis 15 Millionen Kronen die Kassenbestände der Gemeinde Deckung bieten. Der restliche Abgang von rund 17 Millionen Kronen, der auf die Minderabfuhr der städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen zurückzuführen ist, wäre durch die Erhöhung der Einnahmen bezw. durch Erhöhung der Tarife dieser Unternehmen zu beschaffen.

Der Berichterstatter zählt nun die grösseren Ausgaben auf, die auf das Ergebnis des Hauptvoranschlages von besonderem Einflusse sind, darunter für den Bau eines Pavillons des Versorgungsheim 849.000 Kronen, für die Errichtung von Fürsorgestellen 370.000 Kronen, für die Errichtung eines Erholungsheimes in Neulengbach 400.000 Kronen, für die Errichtung und Ausgestaltung von Tagesheimstätten 215.860 Kronen, an Auslagen anlässlich der Kriegereignisse 7,757.000 Kronen, an Kriegszulagen für die städtischen Angestellten 20 Millionen Kronen (die Kriegszulagen für die angestellten Unternehmen von rund 23 Millionen Kronen sind in dem Voranschlag der Unternehmen enthalten,) für den Ankauf von Gründen 2,785.000 Kronen, für die Erwerbung von Aktien des Dziedzitzer Kohlenbergwerkes 11,700.000 Kronen. Ferner sind veranschlagt: für die Erweiterung der Gaswerke 4,230.000 Kronen, für die Erweiterung Elektrizitätswerke 12,000.000 Kronen, für den Ausbau der Strassenbahnen 3 Millionen Kronen, für Pflasterungen 2,512.000 Kronen, für die Durchführung der Strassensäuberung im Eigenbetrieb 1,500.000 Kronen, für die Hochquellenleitungen 4,485.000 Kronen, für den Bau des Kontumarktes 3 Millionen Kronen u.s.w. Zur Deckung des Betriebsabganges des Kaiser Jubiläumsspitales der Stadt Wien ist ein Zuschuss von 2,764.000 Kronen veranschlagt. Von den städtischen Gaswerken werden 52,180 Kronen, von den Elektrizitätswerken 8,285.000 Kronen an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien abgeführt, von den Strassenbahnen wird keine Abfuhr geleistet. Der Gebahrungsüberschuss des Brauhauses beträgt 78.800 Kronen, der Leichenbestattung 110.490 Kronen (davon 30.000 Kronen Abfuhr an die Gemeinde Wien), des Rathauskellers 180.400 Kronen, des Lagerhauses 633.000 Kronen (davon 575.000 Kronen zur Abfuhr an die Gemeinde Wien).

Nach dem Berichte des VB. Hoss wurde sofort in die Spezialdebatte eingegangen. Bei der Post „Dienstbotenkrankenkasse“ stellt StR. Spalowsky den Antrag: Der Magistrat wird aufgefordert, ehestens Vorschläge für eine zeitgemässe und zweckentsprechende Reform der Dienstbotenversicherung zu erstatten. Diese Vorschläge sollen einerseits an die Regierung gerichtet sein, und eine gesetzliche Reform anstreben, andererseits aber bis zu ihrer Durchführung wenigstens für Wien eine Verbesserung der Dienstbotenversicherung ermöglichen. Bei der Post „Bürgeraufnahmekasse“ wünscht StR. Dr. Hein die Aufnahme von Mitgliedern der Opposition in den Heimats- und Bürgerrechtsausschuss und tritt dafür ein, dass bei der Ernennung von Bürgern keinerlei konfessionelle Rücksichten ausschlaggebend sein sollen.

StR. Spalowsky bezeichnet die derzeitige Bemessung der Entlohnung für die von der Gemeinde Wien auf Kriegsdauer aufgenommenen Hilfskräfte als unhaltbar. Der Magistrat sei deshalb aufzufordern, sofort Anträge zu stellen, durch welche diese Hilfskräfte hinsichtlich der Entlohnung im allgemeinen den definitiven Angestellten gleichgestellt werden.

StR. Dr. Hein wünscht eine Verbesserung der Telefonanlage im alten und neuen Rathaus.

Bei der Beratung der Gruppe „Steuerwesen“ bespricht StR. Heindl die gegenwärtig herrschende Hundswut und die damit zusammenhängenden zahlreichen Erkrankungen und beantragt die Erhöhung der Steuer für Luxushunde von 20 auf 50 Kronen. Nach einer Debatte, an welche sich die StR. Knoll, Grünbeck, Dr. Hein, Nemetz und Hötzel beteiligten, wird der Antrag abgelehnt.

StR. Dr. Hein wünscht, dass dem Verlangen der Hausbesitzer nach Gewährung von höheren Abzugspercenten für Erhaltungskosten Rechnung getragen werde, da dieses Verlangen im Hinblick auf die wesentliche Steigerung der Reparatur- und Instandsetzungen vielfach gerechtfertigt ist.

StR. Dechant beantragt die Exekutionsgebühr ist nicht quartalmässig, sondern nur bei eventuellen Rückständen einmal im Jahre vorzuschreiben. Sie ist ferner bei entsprechend höheren Rückständen in Vorschreibung zu bringen.

Bei Beratung der Gruppe 3 wünscht StR. Müller die Auflassung und Abtragung der Kavalleriekaserne in Meidling die für diesen Bezirk eine sanitäre Gefahr bedeutet.

Derselbst StR. wünscht, dass für die Erbauung einer Bürgerschule am Johanna Hofmann-Platz im 12. Bezirk vorgesorgt werde.

Die StR. Zatzka, Brauneiss, Dr. Hein, Schneider, Braun und Frass fordern die Freigabe sämtlicher oder einzelner Schulen in ihren Bezirken.

StR. Körber fordert die Einplanung des für die Erbauung eines Kindergartens reservierten Platzes und seine Ausgestaltung zu einem Spielplatz.

StR. Spalowsky beantragt, den Magistrat zu beauftragen, der Annäherung der Gumpendorferstrasse erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

StR. Hötzel fordert die Regulierung der Thaliastrasse.

Nach einer Anregung des StR. Müller soll für die Gaswerke ein eigenes Gebäude im 12. Bezirk errichtet werden, da im Bezirksamt, wo heute die Filiale untergebracht ist, Raumangel herrscht.

StR. Brauneiss wünscht den Ausbau der Strassenbahnlinie im Zuge der Hormayergasse, StR. Müller Ausbau der Linie Atzgersdorf Liesing bis zum Anschlusse an Mödling. Ferner werden der Bau von neuen Strassenbahnlinien durch die Engerthstrasse (Anregung StR. Körber), auf dem Schüttel in der Franzensbrückenstrasse und Wittelsbachgasse (Anregung Häng), auf der Elisabethpromenade (Anregung Hohensinner) und in das Liebhartstal, sowie Ausbau der Linie 10 nach Dorabach (Anregung StR. Hötzel).

Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Eröffnung der Kriegsküche Nr. 62. Die Kriegsküche Nr. 62 im 2. Bezirk, Simeisgasse 29 wird in den nächsten Tagen der Benutzung übergeben werden. Anmeldungen zum Speisenbezugs nimmt die Küche am 16. und 17. d.M. von 3 bis 5 Uhr nachmittags entgegen.

Bauricht. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Hötzel dem evangelischen Zentralverein für Innere Missionen Oesterreichs einen Bauplatz zwischen der Gellertin- und Erdbrunnengasse auf 60 Jahre gegen Zahlung eines jährlichen Pauschalzinses von 1050 Kronen überlassen. Es soll zunächst ein Barackenbau aufgeführt werden, welcher späterhin, jedoch in höchstens 10 Jahren einen Steinbau Platz machen soll. Auf dem Bauplatz soll ein Heim für Unterbringung armer unbesuchter Kinder evangelischer Konfession im schulpflichtigen Alter errichtet werden.

Ministeriales Innern Ritter von Geyer, Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem neuen Minister des Innern in einem Schreiben seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt und der Hofmannsdruck gegeben, dass Minister von Geyer das Amt übernehmen, das er als Polizeipräsident der Stadt Wien bekleidet hat, auch in seiner neuen Funktion zuteil werden lassen wird.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksnahrung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 61. Woche an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufscheine gegen Abtrennung der beiden Abschnitte T und U an folgenden Tagen ausgeben werden: Samstag, 15. d.M. A bis F, Montag, 17. G bis K, Mittwoch, 19. L bis R und Donnerstag, 20. S bis Z.